

## Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED

Der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow stellte im Januar 1987 auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion fest: "Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen." Damit bestärkte er die mit seinem Amtsantritt eingeleitete Reformpolitik um "Glasnost" und "Perestroika". Die Stasi registrierte auch in der DDR-Bevölkerung die Forderung nach mehr Transparenz und Offenheit in der Medienpolitik.

Der Reformpolitik Michail Gorbatschows trat das SED-Regime mit zunehmender Ablehnung entgegen. Der Parteitag der Sowjetkommunisten Anfang des Jahres 1986, auf dem Gorbatschow den neuen strategischen Kurs von "Glasnost" und "Perestroika" herausstellte, führte erstmals zu erheblichen Unstimmigkeiten zwischen der SED-Führung und den sowjetischen Reformern. Während SED-Generalsekretär Honecker ein tiefes Misstrauen gegen den im Westen gefeierten "Erneuerer" des Sozialismus hegte, war Gorbatschow über die Zurückhaltung in Ost-Berlin und die Unfähigkeit, sich dem historischen Wandel zu stellen, verärgert.

Auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (ZK der KPdSU) vom 27./28. Januar 1987 übte Generalsekretär Gorbatschow in seiner Rede "Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei" scharfe Kritik an seinen Vorgängern und der politischen und ökonomischen Stagnation der 70er und der beginnenden 80er Jahre. Die Reformen wurden auf das politische System ausgeweitet und die politische Entmündigung der Gesellschaft durch den Einparteistaat damit in Frage gestellt (Gorbatschow: "Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen."). Das Parteiorgan "Neues Deutschland" (ND) druckte die Rede – wie viele kritische Aussagen Gorbatschows – nicht im vollen Wortlaut, sondern in einer verharmlosenden Zusammenfassung.

In Ost-Berlin sah man sich auf dem richtigen Weg und war der Meinung, dass die Sowjetunion mit ihrem Reformkurs lediglich das nachhole, was die DDR seit den 70er Jahren praktizierte. Auf klare Ablehnung stieß die umfassende Selbtkritik des sowjetischen Regimes und der KPdSU. Die SED-Führung sah keinen Anlass zur Selbtkritik.

Für den Partei- und Sicherheitsapparat wurde es nun immer wichtiger, die Stimmung in der Bevölkerung auszuloten. Er befürchtete eine Weiterverbreitung der Reformideen Gorbatschows. SED-Generalsekretär Erich Honecker reagierte auf das Plenum, indem er in seiner Rede vor den Ersten SED-Kreissekretären am 6. Februar 1987 die Ausführungen Gorbatschows überhaupt nicht erwähnte. Stattdessen mahnte er: "Die Kommunisten sind verpflichtet, Angriffen auf die Politik der Partei, auf den sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern entschieden entgegenzutreten [...]."

Die Stasi nahm zwei gegenläufige Positionen in den Meinungsäußerungen zu Honeckers Rede wahr. Einerseits registrierte sie die Auffassung, dass angesichts des erreichten Entwicklungsstandes der DDR "eine formale Übernahme von Aufgabenstellungen der KPdSU ... nicht möglich und zweckmäßig sei." Jedoch fand andererseits "die Art und Weise des Herangehens der KPdSU an die Lösung der anstehenden Aufgaben" große Zustimmung. Auf breite Kritik in der ostdeutschen Bevölkerung stieß insbesondere die Medienpolitik der DDR. "Schönfärberei und Manipulation in Berichterstattungen" würden angesichts der realen Zustände und wirtschaftlichen Mängel zu einem Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust führen. Entsprechend vernahm die Stasi Forderungen an die DDR-Führung, in diesem Bereich eine Öffnung ähnlich jener in der UdSSR vorzunehmen.

---

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4218, Bl. 8-19

---

### Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe Datum: 13.4.1987

Rechte: BStU

Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED

01180

Verteiler: Zentrale Ausstellung  
Informationen

Gen. Minister

Gen. Mittig

Gen. Neiber

Gen. Schwanitz

Gen. Kienberg

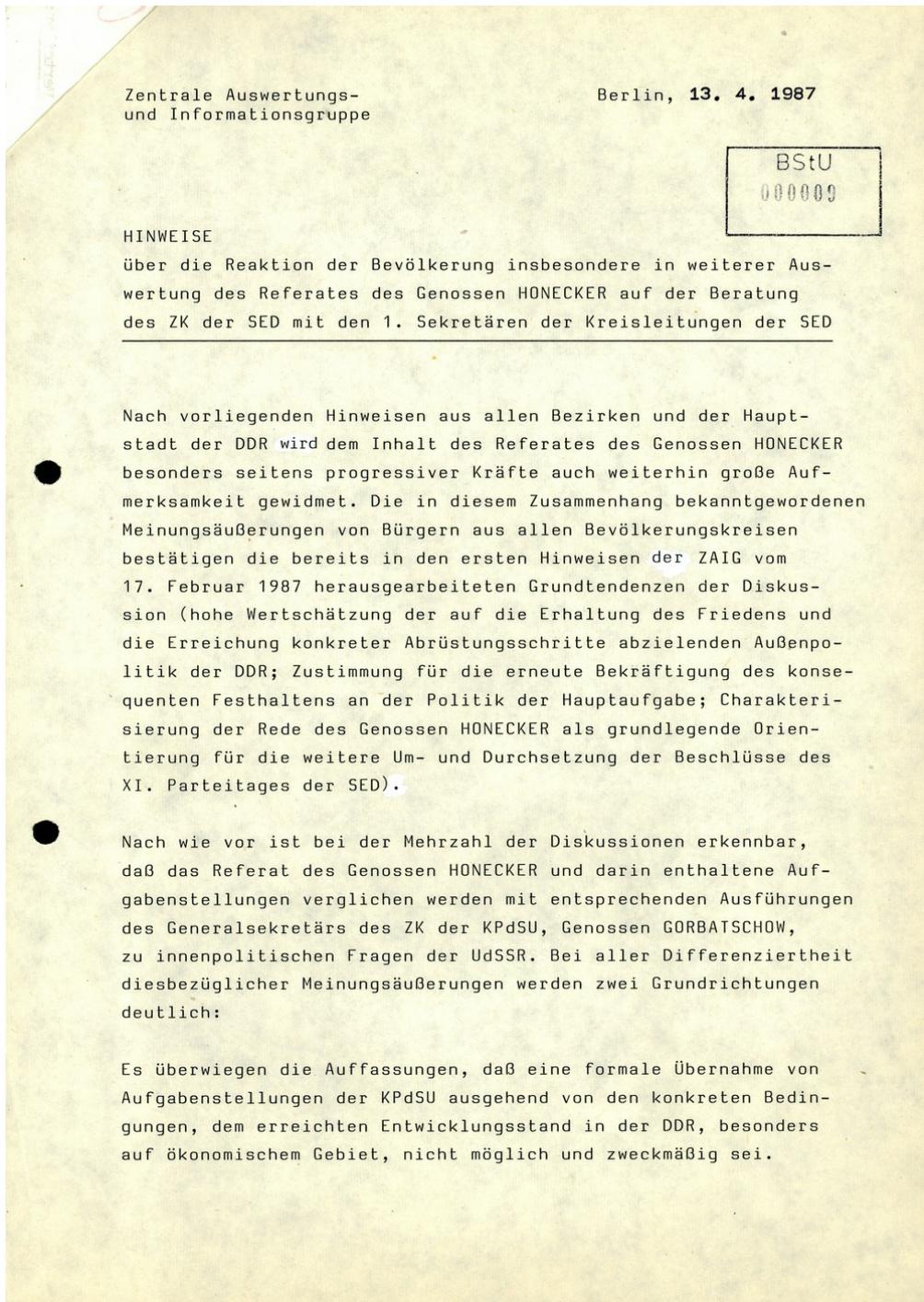
Gen. Kleine

Gen. Irmiger

Bereich 1

BStU

000008

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4218, BL 8-19

Blatt 9

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

BStU  
000010

2

In diesem Zusammenhang wird besonders verwiesen auf die rechtzeitige Herausarbeitung einer den Erfordernissen entsprechenden ökonomischen Strategie durch die Partei- und Staatsführung der DDR, auf die erzielten Ergebnisse bei der kontinuierlichen Durchsetzung des Kurses der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und auf die unternommenen Anstrengungen zur Weiterentwicklung/Vertiefung der sozialistischen Demokratie in der DDR.

Große Zustimmung findet jedoch in vielen Diskussionen die Art und Weise des Herangehens der KPdSU an die Lösung der anstehenden Aufgaben, die kritische Bewertung der Lage und die Herausarbeitung der Ursachen von aufgetretenen Problemen in der gesellschaftlichen Entwicklung in der UdSSR.

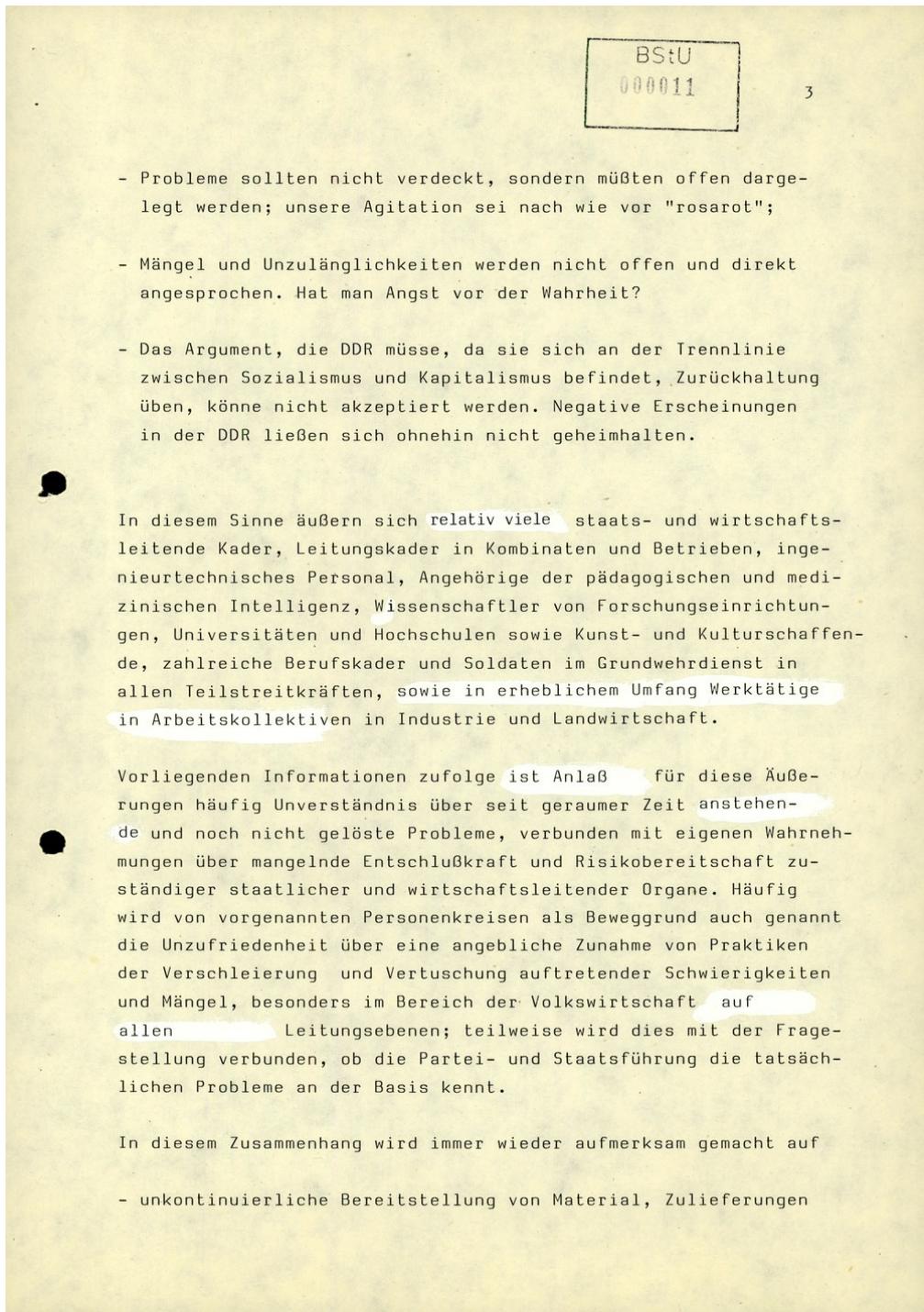
Dieses Vorgehen wird von vielen sich dazu äußernden Personen als zweckmäßig und auch für die DDR als wünschenswert empfunden, da dies der richtige Weg sei, um noch schneller die angestrebten Ziele zu erreichen.

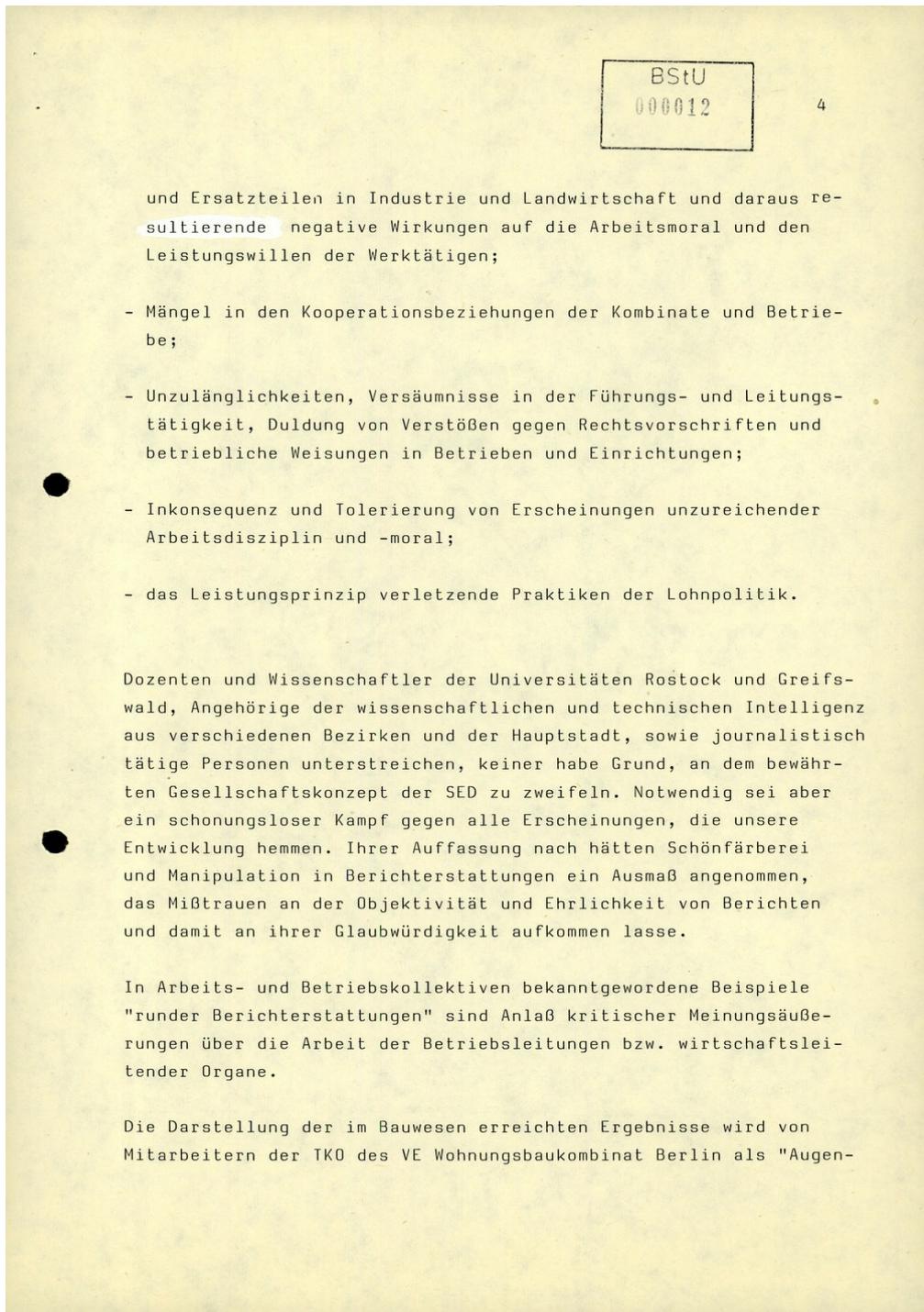
Häufig wird in diesem Zusammenhang erklärt, man habe zwar aus dem Referat des Genossen HONECKER kritische Bemerkungen, insbesondere zu Fragen der Volkswirtschaft herauslesen können, viele kritikwürdige Probleme seien jedoch nur angedeutet, umschrieben, nicht für jeden eindeutig erkennbar, dargestellt worden.

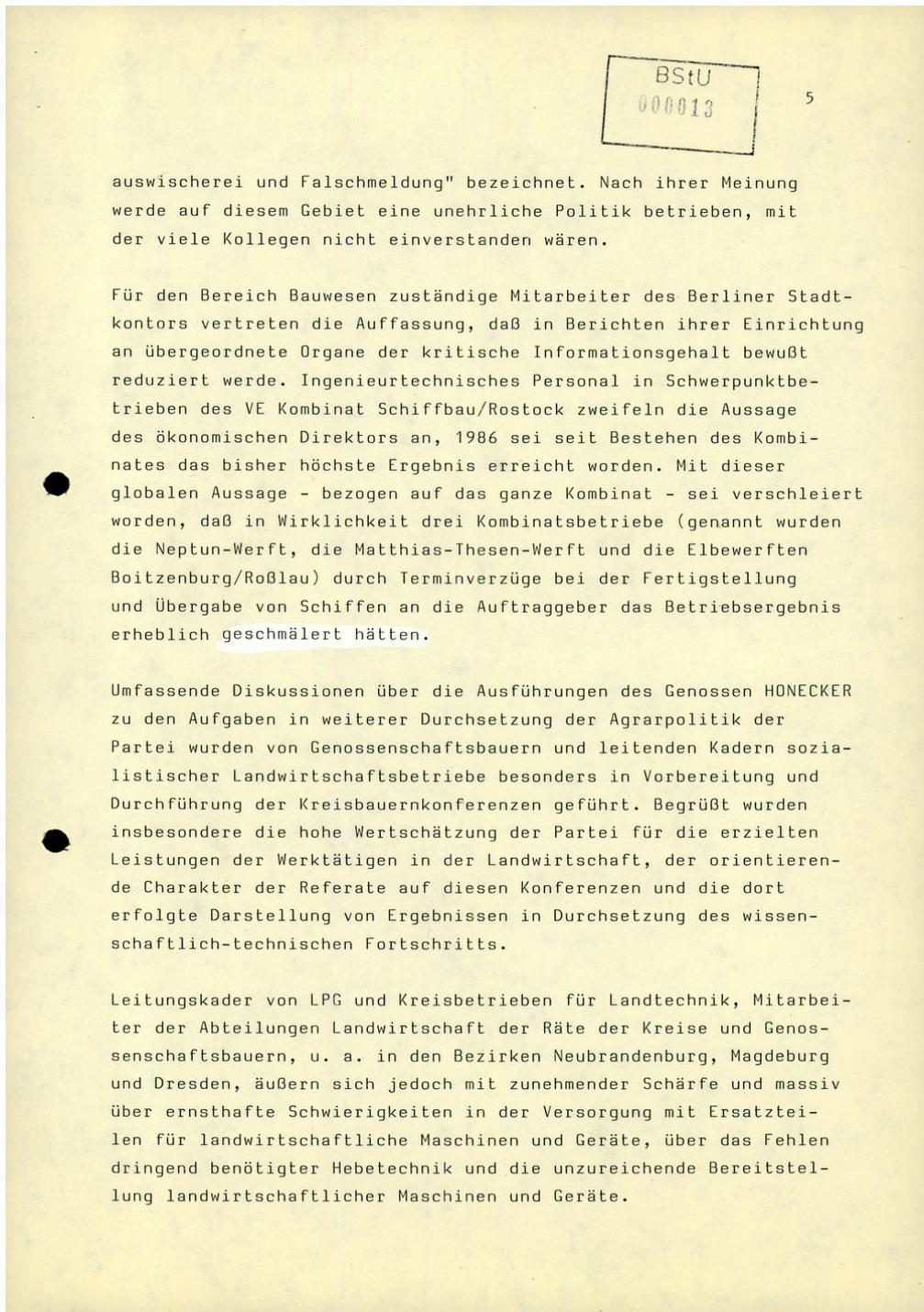
Daraus wird vielfach geschlußfolgert, es sei auch in der DDR notwendig, anstehende Probleme, Schwierigkeiten und Mängel offener, kritischer anzusprechen, die Ursachen für subjektiv bedingte negative Erscheinungen beim Namen zu nennen und schonungslos zu bekämpfen.

Charakteristisch hierfür sind folgende, ständig wiederkehrende Argumente und Auffassungen:

- Mehr Offenheit, konsequenter Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit mit Erscheinungen von Planmanipulierung, Schönfärberei und Selbstherrlichkeit würde das Vertrauen in die Politik der Partei wesentlich erhöhen;

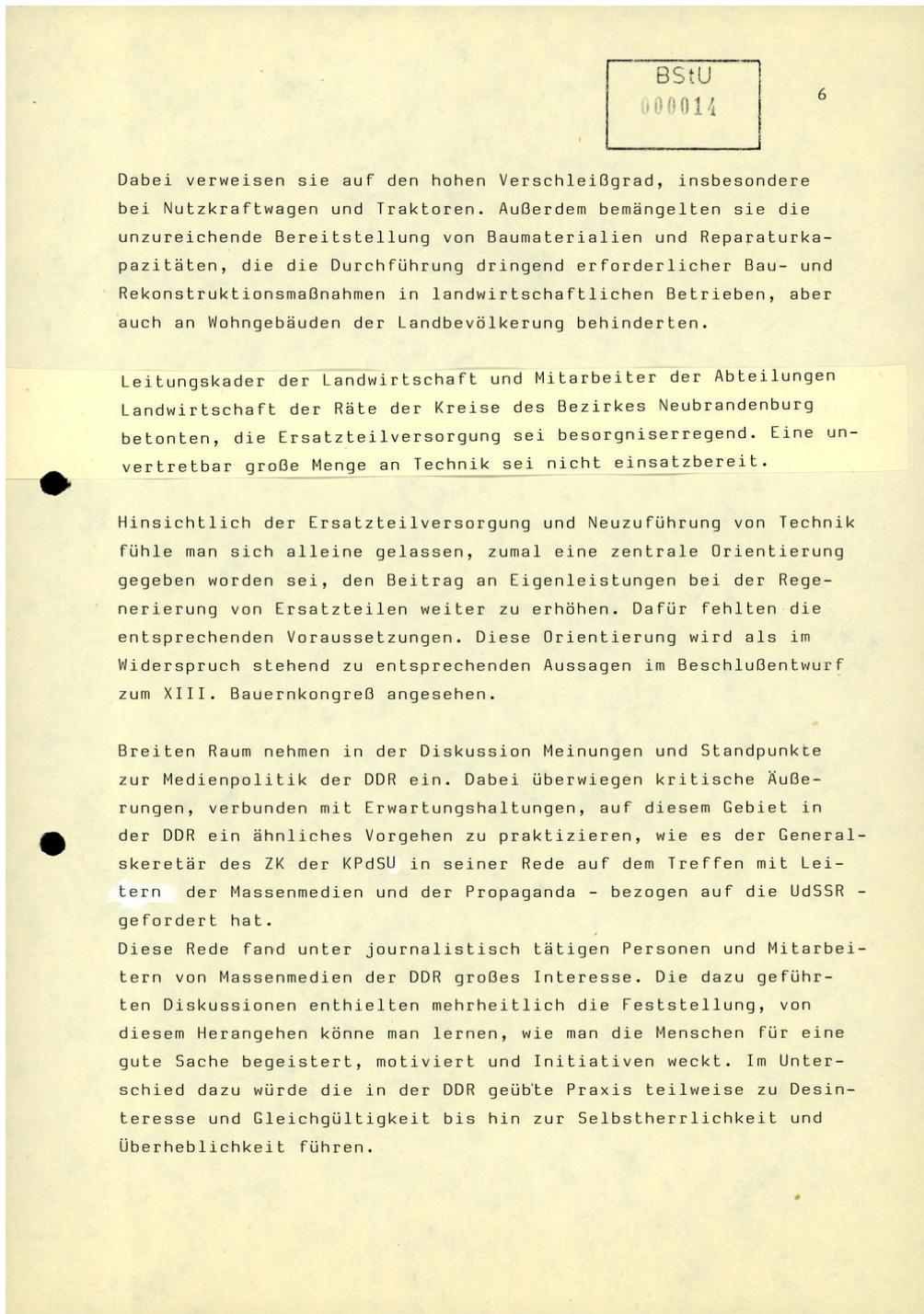
**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4218, Bl. 8-19

Blatt 13

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4218, Bl. 8-19

Blatt 14

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

BStU  
000015 7

Es sei erforderlich, wirksamere Formen und Methoden der publizistischen Arbeit zu suchen.

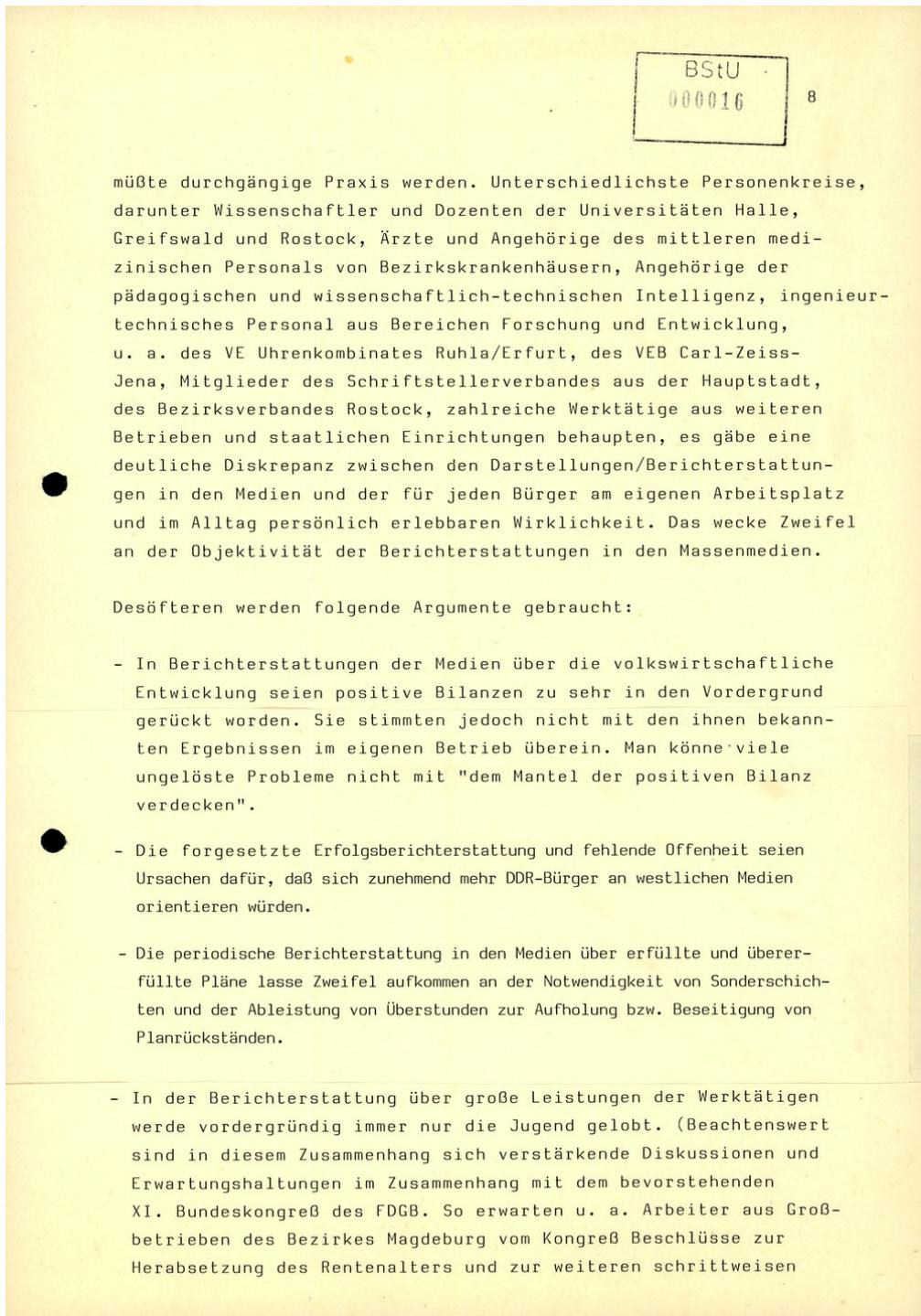
Leitende Mitarbeiter des Fernsehens der DDR, Bereich Fernseh-Dramatik, sehen in einer schnelleren und offensiveren Darstellung der tatsächlichen Fragen der ökonomischen Entwicklung eine wesentliche Methode, die Wirksamkeit journalistischer Beiträge zu erhöhen. In Meinungsäußerungen von Mitarbeitern der Nachrichtenredaktion des DDR-Rundfunks wird die Notwendigkeit und persönliche Bereitschaft unterstrichen, Fragen der Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der DDR überzeugender und ohne plakativen Ausdruck darzustellen.

Journalisten im Bezirk Rostock, darunter Redakteure der Ostsee-Zeitung und des Senders Rostock, sowie einzelne Redakteure des Fernsehstudios Rostock vertreten die Auffassung, mit der gegenwärtigen unkritischen Berichterstattung könne kein wesentlicher Beitrag zur Beseitigung von Mißständen geleistet werden. Ihre Kritiken richten sich hauptsächlich gegen die ihrer Meinung nach unzureichenden Möglichkeiten der publizistischen Auseinandersetzung mit Entwicklungsproblemen, Mängeln und Schwächen im Territorium.

Redakteure des Senders Rostock behaupten, über Mängel und Mißstände dürfe überhaupt nicht berichtet werden. Oftmals würde ein negativer Sachverhalt ins Positive verkehrt.

Die Folge davon wäre, daß sie in ihrer journalistischen Tätigkeit gegenüber sachkundigen Personen unglaublich würden. Einzelne im Bezirk Rostock journalistisch tätige Personen brachten Unzufriedenheit über ihre berufliche Tätigkeit zum Ausdruck und begründeten dies mit von ihnen gesehenen Widersprüchen zwischen den von Lenin formulierten Grundsätzen und der in der DDR praktizierten Medienpolitik.

Wiederholt wurde von unterschiedlichen Personenkreisen argumentiert, die während der extremen Frostperiode praktizierte Methode einer ehrlichen, die tatsächliche Lage widerspiegelnde Berichterstattung

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

BStU  
000017

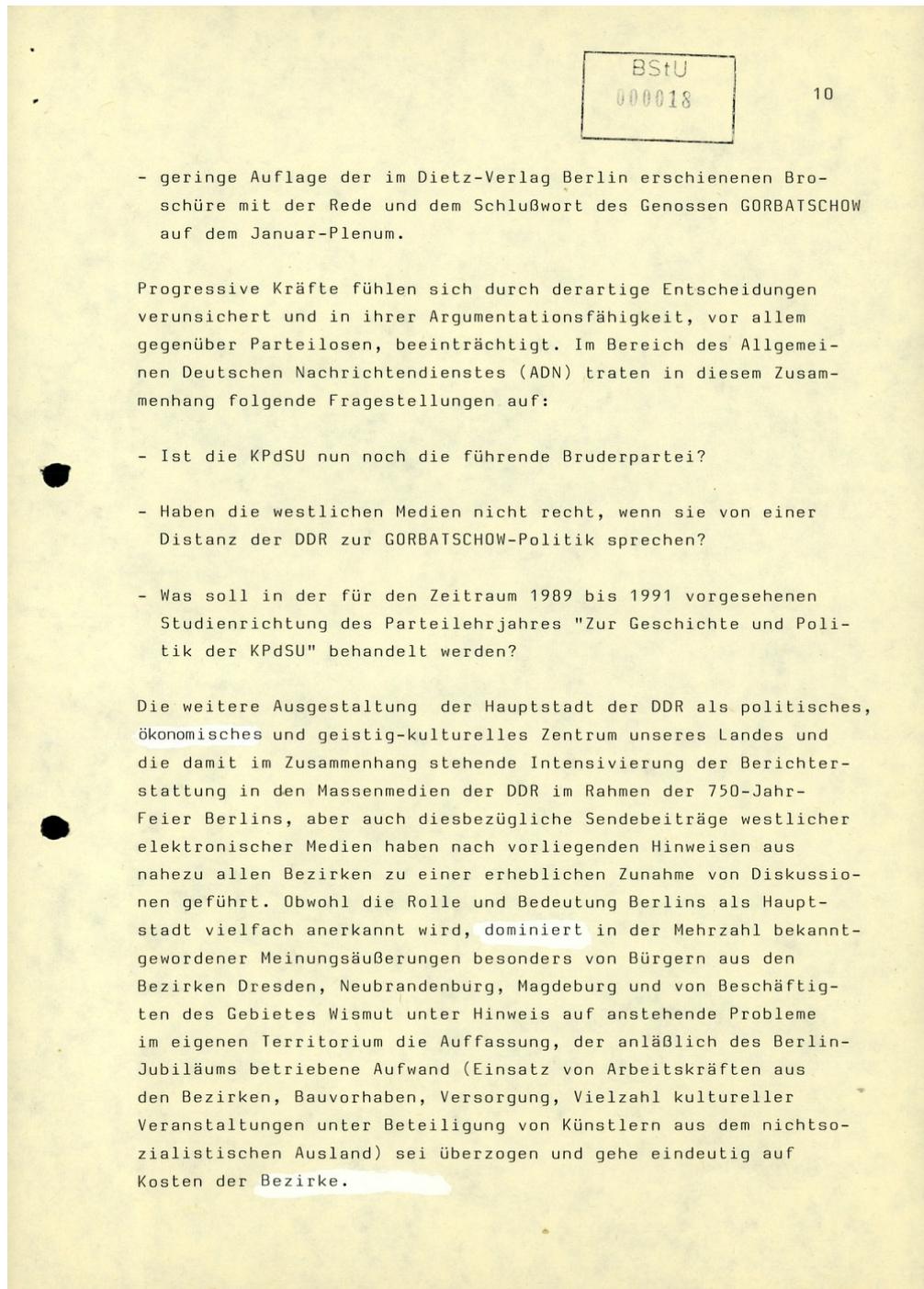
9

Durchsetzung der 40-Stunden-Woche sowie eine Empfehlung über eine grundsätzliche Rentenreform. Dies wird mit dem Argument begründet, daß der XI. Parteitag keine sozialpolitischen Maßnahmen für die ältere Generation beschlossen habe.)

Ausgehend von ihrem erklärten großen Informationsbedürfnis über die gegenwärtige innenpolitische Entwicklung in der UdSSR äußerten sich insbesondere journalistisch tätige Personen, Kunst- und Kulturschaffende und Wissenschaftler enttäuscht über dazu fehlende Informationen in den Medien. Teilweise stießen unter vorgenannten Personenkreisen ihnen angeblich bekanntgewordene zentrale Orientierungen, über aktuelle Vorgänge in der UdSSR zurückhaltend zu berichten, auf Ablehnung.

Genannt wurden u. a.:

- Weisungen an Redaktionen, solche Begriffe wie "Neues Denken", "Gesellschaftliche Erneuerung" u. ä. nicht mehr zu verwenden;
- Nichtveröffentlichung von Beiträgen über den Schriftstellerkongreß in der UdSSR in der Zeitschrift "Kunst und Literatur" sowie einer Rede des Genossen GORBATSCHOW zu Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften in der Zeitschrift "Presse der Sowjetunion";
- Reduzierung von Veröffentlichungen über die Tätigkeit des Zentralen Hauses der DSF und über das Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur in der Hauptstadt der DDR;
- Beschränkung der Berichterstattung von in der UdSSR akkreditierten DDR-Korrespondenten auf Veröffentlichungen über sowjetische Friedensinitiativen;
- Nichtauslieferung der Zeitschrift "Neue Zeit" Nr. 5/87;

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

**Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Honeckers Referat auf der Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED**

BStU  
060019

11

Verschiedentlich begründeten Mitarbeiter staatlicher Organe und des Handels Rückstände im Bauwesen, fehlende Reparaturkapazitäten und auftretende Versorgungslücken mit zu erbringenden Sonderleistungen und Kontingentstreichungen zu Gunsten Berlins.

Besonders Mitarbeiter staatlicher Organe und Einwohner von Kleinstädten mit hoher Altbausubstanz äußern zum Teil auch unter Bezugnahme auf das Baugeschehen in der Hauptstadt offen Zweifel an der Realisierung des Wohnungsbauprogrammes bis 1990.

Auf zunehmende Kritik stößt die umfassende Berichterstattung in den Massenmedien der DDR über das Berlin-Jubiläum. Sie wird als übertrieben, teilweise als "Berlin-Kult" bewertet. Nach Informationen u. a. aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Dresden kursieren politische Witze, nichtgenehmigte Druckerzeugnisse (Dresden), teilweise mit das Jubiläum herabwürdigendem Charakter.

In zahlreichen Fällen äußerten Werktätige die Besorgnis, daß sich die zahlreichen Großveranstaltungen in Berlin in den Sommermonaten nachteilig auf die Versorgung der Bevölkerung in den Bezirken auswirken könnten.

Besucher und Einwohner Berlins äußern in sehr kritisch gehaltenen Diskussionen Unverständnis und Unmut über das Bestellsystem für Eintrittskarten zu kulturellen Veranstaltungen aus Anlaß des Jubiläums. Vorbestellungen wären fast ausnahmslos abschlägig beantwortet worden. Bereits am Tag des Verkaufsbeginns wäre in den Tageszeitungen ein "Ausverkauft" angekündigt. Karten für Sonderveranstaltungen würden nicht offiziell bzw. in Westberlin verkauft, so daß der Eindruck entstanden sei, die Bewohner der Hauptstadt seien von den Jubiläumsfeierlichkeiten ausgeschlossen.